

DIE ARBEITSDEFINITION ANTISEMITISMUS
DER INTERNATIONAL HOLOCAUST
REMEMBRANCE ALLIANCE UND IHRE
ANWENDUNG DURCH BEAUFTRAGTE GEGEN
ANTISEMITISMUS AN HOCHSCHULEN
IN HESSEN

Eine Handreichung

Sophie Brüss und Dr. Susanne Urban

Sophie Brüss

*(Ansprechperson Antisemitismus an der University of Applied Sciences
Frankfurt am Main)*

Dr. Susanne Urban

(Beauftragte gegen Antisemitismus an der Philipps-Universität Marburg)

Die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance
Alliance und ihre Anwendung durch Beauftragte gegen Antisemitismus an
Hochschulen in Hessen

Eine Handreichung



Frankfurt am Main & Marburg 2025

Inhalt

Einleitung.....	3
Teil I: Kontext und Problemlage.....	6
1. IHRA-Definition und JDA – Einordnung, Kritik und Plädoyer für die IHRA.....	6
2. Antisemitismus an hessischen Hochschulen.....	11
Vertiefung I: Sind Juden weiß?	21
Teil II: Handlungsrahmen für Ansprechpersonen gegen Antisemitismus	22
Vertiefung II: Diversität innerhalb der jüdischen Community und die Rolle postsowjetischer Juden	25
3. Beratung	26
4. Bildungsarbeit, Prävention und Intervention	27
5. Vernetzung	28
6. Evaluation und antisemitismuskritische Qualitätsentwicklung.....	29
7. Fazit	31
Checkliste für Veranstaltungen	32

Einleitung

Antisemitismus ist nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 an Universitäten in Hessen spür- und messbar. Bereits zuvor, infolge des antisemitischen und rechtsextremen Attentats in Halle an Jom Kippur 2019, kam es zu einer klaren EntschlieÙung der Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vom 19. November 2019:

„An deutschen Hochschulen ist kein Platz für Antisemitismus. Die Mitgliederversammlung der HRK unterstützt die Resolution ‚Gegen BDS und jeden Antisemitismus‘ [...] Die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), welche auch durch die Bundesregierung Anerkennung findet, bietet eine klare Grundlage zum Erkennen von Judenhass und ist damit ein wichtiges Werkzeug bei seiner Bekämpfung. [...]“¹

In Hessen kam es zeitnah nach dem 7. Oktober 2023, am 15. Dezember 2023, infolge einer Sitzung im damaligen Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur zu einem Entschluss, Antisemitismus in all seinen Formen zu bekämpfen. Dem folgten alle Präsident:innen und Rektor:innen.

Obgleich die Politik sich klar positionierte und die zuständigen Ministerien auch nach dem Regierungswechsel in Hessen diese Linie fortführten, stellt sich die Frage, ob die Umsetzung und Anwendung all der Empfehlungen und Beschlüsse – so auch jener auf Bundesebene im Jahr 2025 – an Hochschulen in Hessen wirklich angegangen wird.

In den vergangenen Jahren wurden an vielen Hochschulen Ansprechpersonen, Beauftragte oder Berater:innen gegen Antisemitismus etabliert. Häufig sind diese an Stabsstellen für Antidiskriminierung und Diversität oder vergleichbare Einrichtungen angebunden; nicht selten wurde die Zuständigkeit für Antisemitismus zusätzlich zu bereits bestehenden Aufgaben übertragen. Für eine wirksame Prävention und Intervention ist es jedoch entscheidend, dass Antisemitismus nicht als Teilbereich allgemeiner Diskriminierung behandelt wird, sondern durch eigene, klar positionierte Ansprechpersonen sichtbar bleibt. Nur so kann das Vertrauen von jüdischen Studierenden und anderen Betroffenen gestärkt

¹ Hochschulrektorenkonferenz, „Kein Platz für Antisemitismus“.
<https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/kein-platz-fuer-antisemitismus/> (alle Websites letzter Zugriff 7.8.2025).

und ein qualifizierter, niedrigschwelliger Zugang zu Unterstützung gewährleistet werden. Zugleich eröffnet die enge Zusammenarbeit mit weiteren Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrukturen die Möglichkeit, Synergien zu nutzen und nachhaltige Strategien gegen Diskriminierung insgesamt zu entwickeln. Es ist weiterhin erforderlich, dass sich Hochschulen klar gegen Antisemitismus positionieren. Statt einer klaren wissenschaftlichen Auseinandersetzung erhalten antisemitische und israelfeindliche Positionen in Teilen der Hochschullandschaft Raum – insbesondere in Fachbereichen wie Sozialer Arbeit, Geisteswissenschaften, Nahost- und den postkolonialen Studien. Der 7. Oktober 2023 wirkte dabei wie ein Brandbeschleuniger: Relativierungen und offene Glorifizierungen antisemitischer Gewalt führten zu einer dramatischen Verschärfung der Situation für jüdische und israelsolidarische Hochschulangehörige.

Der Lagebericht Antisemitismus² an deutschen Hochschulen des American Jewish Committee in Berlin in Kooperation mit der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) kommt zu dem eindeutigen Schluss, dass die Situation für viele jüdische Studierende, Lehrende und Mitarbeitende an Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023 untragbar ist. Die zahlreichen antiisraelischen und in weiten Teilen antisemitischen Protestcamps und Hörsaalbesetzungen oder Vortragsreihen tragen maßgeblich zur Schaffung eines Klimas der Unsicherheit und der Angst bei. Weitere Aspekte sind die mangelnde Solidarität mit jüdischen Kommiliton:innen und Kolleg:innen oder die Bagatellisierung und bis zur Leugnung des antisemitischen Gehalts von Veranstaltungen. Auch Drohungen gegen jüdische und israelsolidarische Hochschulangehörige und Besucher:innen sowie das Absprechen der gewaltvollen Erfahrungen, die jüdische Menschen machen, sind zu verzeichnen. Aus diesem Grund ist es für die Arbeit von Antisemitismusbeauftragten und Ansprechpersonen von zentraler Bedeutung, jüdische Perspektiven und Erfahrungen in den Mittelpunkt zu stellen.

Diese Broschüre richtet sich in erster Linie an Ansprechpersonen und Beauftragte gegen Antisemitismus an Hochschulen. Sie versteht sich als Orientierungshilfe, die Wissen, Erfahrungen und Empfehlungen bündelt, um Handlungssicherheit in komplexen Situationen zu fördern und die spezifischen Aufgaben eigenständiger Ansprechpersonen zu verdeutlichen. Solche spezialisierten Stellen sind unverzichtbar, um Antisemitismus sichtbar

² AJC Berlin, Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations (Hrsg.); „Lagebericht Antisemitismus an deutschen Hochschulen“, Berlin 2025, <https://ajcgermany.org/de/media/168>.

zu machen und das Vertrauen der Betroffenen zu stärken. Zugleich stellen sie eine wichtige Ergänzung zu bestehenden Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrukturen dar, mit denen eine enge Zusammenarbeit notwendig ist, um Prävention und Intervention nachhaltig zu verankern.

Wir danken dem Netzwerk jüdischer Hochschullehrender für die Beratung.

Sophie Brüss und Susanne Urban

Frankfurt am Main und Marburg, Oktober 2025.

Teil I: Kontext und Problemlage

1. IHRA-Definition und JDA – Einordnung, Kritik und Plädoyer für die IHRA

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)³ hat sich als maßgebliches Orientierungsinstrument im Umgang mit Antisemitismus etabliert – auch im Hochschulkontext, was die Entschließung der Hochschulrektorenkonferenz von 2019, die IHRA-Definition zu empfehlen, unterstreicht.⁴

Die besondere Relevanz dieser Definition liegt darin, dass sie klassische wie auch israelbezogene Erscheinungsformen des Antisemitismus benennt, ohne dabei Kritik an israelischer Politik grundsätzlich zu delegitimieren. Sie formuliert ausdrücklich, dass Kritik an Israel, „die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist“, nicht als antisemitisch zu betrachten sei. Entscheidend ist jedoch der Kontext – insbesondere dann, wenn Israel dämonisiert, delegitimiert oder mit doppelten Standards belegt wird.

Insbesondere der israelbezogene Antisemitismus stellt zunehmend eine der zentralen Herausforderungen im universitären Raum dar. Wie zahlreiche Studien zeigen, projizieren viele antisemitische Akteure klassische Stereotype und Topoi auf den Staat Israel – etwa in der Form von Schuldumkehr, Verschwörungserzählungen oder der Darstellung Israels als „Kindermörderstaat“⁵. Diese Formen sind häufig anschlussfähig bis in akademische und

³ International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), Arbeitsdefinition:

<https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.

⁴ Hochschulrektorenkonferenz, „Kein Platz für Antisemitismus“. (wie FN 1)

⁵ vgl. Julia Bernstein: Israelbezogener Antisemitismus: Erkennen – Handeln – Vorbeugen. Beltz Juventa, Weinheim 2021; Monika Schwarz-Friesel: Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus – von ‚Brunnenvergiftung, Kindermördern, Landräubern‘. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), 2021. Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 42–57; https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDfS_WSD8/WsD8_Beitrag_MSf.pdf.

Lars Rensmann „Antisemitismus und Israelfeindschaft,“ in Julius H. Schoeps & Olaf Glöckner (Hg.), Deutschland, die Juden und der Staat Israel: Eine politische Bestandsaufnahme, Hildesheim, Olms Verlag, 2016, pp.265-284.

aktivistische Milieus hinein.⁶ Die IHRA-Definition benennt diese Mechanismen klar und schafft dadurch eine wichtige Grundlage für Präventions- und Interventionsarbeit an Hochschulen.

Dabei handelt es sich nicht um neue Ressentiments, sondern um ideologisch tradierte Kontinuitäten antisemitischer Feindbilder, die sich auf ein neues (jüdisches) Objekt richten. Wo in der Vergangenheit „die Juden“ als fremd, mächtig oder bedrohlich konstruiert wurden, erscheint heute der Staat Israel als deren kollektive Projektionsfläche – etwa als vermeintlich kolonial, rachsüchtig oder global steuernd. Die strukturelle Funktion antisemitischer Stereotype bleibt erhalten, auch wenn sich ihr Ziel verändert: Aus dem religiös und/oder rassistisch markierten Juden Hass wird ein politisch gerahmter „Antizionismus“, der das jüdische Kollektiv nun in Form des Staates Israel ablehnt (und dabei sogar verkennt, dass es auch arabische und christliche Israelis gibt). Die Darstellung Israels als „rassistisches Gebilde“, als „(letzter) (weißer) Kolonialstaat“, als „Apartheidstaat“, der „kein Existenzrecht“ habe, reaktiviert die historische Logik des Ausschlusses – nun mit geänderter Semantik.

Diese Transformation statt Abkehr antisemitischer Weltbilder ist gut dokumentiert. Wie Schwarz-Friesel⁷ und Salzborn⁸ und Bernstein⁹ zeigen, besteht ein direkter ideologischer Zusammenhang zwischen klassischen antisemitischen Deutungsmustern und heutigen israelbezogenen Erscheinungsformen. Der Topos der jüdischen Weltverschwörung, des Ritualmordvorwurfs oder der Täter-Opfer-Umkehr werden aktualisiert und auf die Politik Israels übertragen – etwa in der Rhetorik, Israel sei verantwortlich für globale Instabilität oder begehe einen (die Shoah relativierenden) Völkermord an den Palästinenser:innen. Diese semantischen Verschiebungen ermöglichen es, antisemitische Narrative gesellschaftsfähig zu halten, während sie äußerlich als politische Kritik erscheinen.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat, wie erwähnt, die IHRA-Definition 2019 übernommen und empfohlen, sie an allen Hochschulstandorten zu etablieren. Auch der

⁶ RIAS Jahresberichte: <https://report-antisemitism.de/annuals/>; RIAS Hessen Jahresberichte: <https://rias-hessen.de/publikationen/rias-hessen/>.

⁷ Monika Schwarz-Friesel Juden Hass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020.

⁸ Samuel Salzborn Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Campus Verlag, Frankfurt am Main 2010.

⁹ Julia Bernstein Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Analyse – Befunde – Handlungsoptionen. Beltz, Weinheim, 2020.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus sowie die Antisemitismusbeauftragten des Bundes und der Länder oder der Europarat arbeiten auf Basis dieser Definition. Sie ist handlungsleitend bei der Einordnung antisemitischer Vorfälle, insbesondere in komplexen Fällen mit Bezug zu Israel.

Ein besonders virulentes Feld in der Verbreitung israelbezogenen Antisemitismus ist die sogenannte BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions). Ihre Aktivitäten richten sich nicht gegen einzelne politische Maßnahmen Israels, sondern verfolgen eine strukturelle Delegitimierung des jüdischen Staates und all seiner Repräsentant:innen – darunter ausdrücklich auch Wissenschaftler:innen und Künstler:innen. Damit betrifft BDS die Hochschulen unmittelbar: Aufrufe zum Boykott akademischer Kooperationen, Forderungen nach Ausladungen israelischer Gastwissenschaftler:innen oder die Ablehnung gemeinsamer Forschungsprojekte greifen in den Kern universitärer Arbeit ein. Die Bundestagsresolution von 2019 stuft die BDS-Kampagne daher als antisemitisch ein, weil sie Israel pauschal dämonisiert, seine Existenz infrage stellt und jüdische Menschen kollektiv für staatliche Entscheidungen verantwortlich macht. Für Hochschulen erwächst daraus die Verantwortung, akademische Freiheit nicht durch antisemitische Ausgrenzung untergraben zu lassen und gleichzeitig ein deutliches Signal gegen die Normalisierung antisemitischer Positionen im universitären Raum zu setzen.¹⁰

Die IHRA-Definition bietet in diesem Zusammenhang eine praktikable Grundlage, um solche Entwicklungen einzuordnen. Sie ermöglicht es Hochschulen, antisemitische Inhalte auch dann zu erkennen, wenn sie nicht offen als solche auftreten, sondern etwa über Umwegkommunikation, kulturellen Boykott oder „israelkritische“ Narrative verbreitet werden. Der israelbezogene Antisemitismus tritt an Hochschulen nicht mehrheitlich in Form expliziter Feindseligkeit auf, sondern versteckt sich hinter vermeintlich politischen Positionen, die in ihrer Wirkung jedoch jüdisches Leben diffamieren, stigmatisieren oder in Kollektivhaftung nehmen – insbesondere im Hochschulkontext. Aus wissenschaftlicher

¹⁰ <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/publikationen/wer-ist-und-was-will-bds-eine-handreichung-zur-antisraelischen-boykottbewegung>; Stefan Lauer: BDS. In: Nicholas Potter, Stefan Lauer (Hrsg.): Judenhass Underground: Antisemitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen. Hentrich & Hentrich, Leipzig 2023, S. 45–60; Alex Feuerherdt, Florian Markl: Die Israel-Boykottbewegung: Alter Hass in neuem Gewand. Hentrich & Hentrich, Berlin und Leipzig 2020; https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf.

Analyse wird dogmatisches, ideologisches Debattieren. Hier ist beispielhaft zu nennen, dass immer wieder, auch an hessischen Hochschulen, Wissenschaftler:innen eingeladen werden, die nicht faktenorientiert und analytisch, sondern auf Ideologie aufbauend über Israel sprechen und den Staat delegitimieren und dämonisieren.

Mit der 2020 vorgelegten *Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA)* wurde eine alternative Definition zur IHRA angeboten, die Antisemitismus ausschließlich als Diskriminierung und Gewalt gegenüber Jüdinnen:Juden oder jüdischen Institutionen beschreibt. Damit unterscheidet sie sich grundlegend von der IHRA-Definition, die Antisemitismus als eine „bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden“ versteht – also als ein Phänomen, das sich auch auf Personen und Objekte richten kann, die als „jüdisch“ imaginiert, gelesen oder stellvertretend für die jüdische Community adressiert werden. Die JDA verzichtet bewusst auf diesen Projektionsbegriff und reduziert Antisemitismus auf manifeste Handlungen gegen explizit jüdische Zielobjekte.¹¹

Diese Engführung hat gravierende analytische und praktische Folgen: Antisemitisch motivierte Angriffe auf nichtjüdische Personen, die für jüdisch oder israelsolidarisch gesehen oder gehalten werden, oder auf Israel als kollektive Chiffre jüdischer Identität, lassen sich mit der JDA nicht klar erfassen. Im Kontext israelbezogenen Antisemitismus ist dies hochproblematisch, denn Antisemitismus äußert sich häufig nicht in unmittelbarer Gewalt gegen Jüdinnen:Juden, sondern über Umwege: als Dämonisierung Israels, Shoah-Relativierung oder über den Vorwurf jüdischer Weltverschwörung unter dem Deckmantel der „Israelkritik“.

Zentrale Ausdrucksformen israelbezogenen Antisemitismus – etwa die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus oder die Ablehnung bzw. Leugnung jüdischer Selbstbestimmung – werden von der JDA nicht explizit als antisemitisch benannt. Die JDA blendet zentrale empirische Erkenntnisse der Antisemitismusforschung aus und bildet antisemitische Diskurse nicht adäquat ab. Damit verweigert sie sich auch einer zentralen jüdischen Perspektive auf Antisemitismus. Sie ist ein Rückschritt hinter den aktuellen Forschungsstand.

¹¹ https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-02_RIAS_Working-Paper-2.pdf

Für Hochschulen in Hessen und in anderen Bundesländern bedeutet dies: Wer Antisemitismus wirkungsvoll bekämpfen will, benötigt ein konsistentes, differenzierbares und zugleich handlungsleitendes Instrument. Die IHRA-Definition erfüllt diesen Anspruch – gerade auch in der Auseinandersetzung mit israelbezogenem Antisemitismus. Ihre Annahme und auch ihre strukturelle Verankerung an Hochschulen ist daher nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern Ausdruck institutioneller Verantwortung.

2. Antisemitismus an hessischen Hochschulen

Der 7. Oktober 2023 wirkte auch an hessischen Hochschulen wie ein Brandbeschleuniger. Es kam nicht auf breiter Basis zu einer Empathie mit den Ermordeten, Vergewaltigten, Verschleppten. Es kam vielmehr zu einer Rechtfertigung, Relativierung oder sogar Glorifizierung der systematisch verübten Taten der Hamas, nicht selten sogar verherrlicht als angeblicher Widerstand gegen die „Besatzer“.

8. November 2023

An einem Institut für Kunstgeschichte an einer Universität wurde an einer Tür zu einem Seminarraum, in dem sich bereits Lehrende und Studierende befanden, ein Plakat entdeckt, das ein Foto zeigte: einen weißen Pick-Up-Truck mit johlenden Terroristen, der am 7. 10. durch Gaza fuhr und Shani Louk, eine junge deutsch-israelische Frau, zur Schau stellte. Sie liegt verdreht auf der Ladefläche. Heute wissen wir, dass die junge Frau wahrscheinlich schon tot war, als sie so durch Gaza paradiert wurde. Vor allem Männer umringten das Auto, bespuckten die Frau, zogen an ihren Haaren etc. Ganz oben stand quer auf diesem Plakat: „Stand with Palestine“. Das Plakat muss den bereits im Raum befindlichen Personen beim Betreten aufgefallen sein.

Seitdem hat sich die Radikalisierung deutlich verschärft – sichtbar in der Bildsprache auf Plakaten und Flyern, hörbar in Parolen und spürbar in offenen Briefen und Stellungnahmen, die antisemitische Narrative rechtfertigen und normalisieren.

Auch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen konnte dies in Meldungen und durch Monitoring seit dem 7. Oktober 2023 feststellen.

22. November 2023

In einer Unterführung in Marburg nahe einer geisteswissenschaftlichen Fakultät wurden mehr als 30 Plakate von nach Gaza verschleppten und misshandelten Israelis beschädigt, indem die Gesichter und Namen einzeln herausgekratzt wurden. Damit wurden die Verschleppten ihrer Individualität beraubt und entmenslicht. An Laternenpfählen weniger Meter weiter waren die Plakate in derselben Weise zerstört worden.

„Die Zahl der antisemitischen Vorfälle in Bildungseinrichtungen stieg 2024 im Vergleich zu 2023 um rund 53 Prozent. In Zahlen: von 116 auf insgesamt 178 Vorfälle. Die Peaks im Mai und Juni 2024 insbesondere an Hochschulen spiegeln die Kriegssituation in Gaza wider, als es zur Intensivierung des Vorgehens der israelischen Armee oder, im Juni, zur Befreiung von vier israelischen Geiseln in Gaza kam. ... Zu Semesterbeginn im Frühjahr 2024 begann die Mobilisierungsphase der einschlägigen Gruppen an den Hochschulen. Die Encampments („Protestcamps“) verzeichneten aufgrund dieser Umstände im Mai und Juni 2024 bundes – und hessenweit einen ersten Höchststand. Im Oktober 2024 war es der erste Jahrestag des Überfalls der Terroristen auf Israel, der sowohl in Hessen als auch bundesweit eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Versammlungen und andere Vorfälle bildete.“ RIAS Hessen verzeichnete für 2024 an Hochschulen 121 Vorfälle (2023: 51 Vorfälle, 41 davon zwischen dem 7. Oktober und dem 31. Dezember 2023).¹²

Antisemitische Vorfälle an Hochschulen

„An den Hochschulen in Hessen gab es 2024 drei Angriffe auf Personen, zwei Bedrohungen und 115 Fälle verletzenden Verhaltens, worunter auch die meisten Versammlungen (53) auf den Campi der Hochschulen zählten ... Hinzu kamen 25 Vorfälle, die Face-to-Face stattfanden: Jüdinnen und Juden, jüdisch gelesene oder solidarische Personen wurden beispielsweise beschimpft oder es wurde öffentlich in antisemitischer Weise abwertend über jüdische Personen gesprochen. Plakate und Flyer wurden zehn Mal gemeldet; es gab 14 Vorfälle mit antisemitischen Aufklebern und zudem wurden 15 Schmierereien gemeldet.“¹³

Bedrohung jüdischer Hochschulangehöriger

Jüdische Studierende und jüdisches Lehrpersonal, aber auch israelsolidarische Menschen an Unis wurden und werden auf den Campi und in den Universitätsgebäuden als „Scheiß-Zionisten“, „Kindermörder“, generell als „Mörder“, „Siedler“, „Kolonialisten“ und „Faschisten“ diffamiert.

¹²Jahresbericht 2024, RIAS Hessen, S. 44; https://rias-hessen.de/wp-content/uploads/2025/03/Jahresbericht_2024_250610.pdf.

¹³ Wie FN 10, S. 45.

13. Juni 2024

Auf dem Campus der Universität Gießen hieß es: „Israel ist ein barbarischer Kindermörder, der keine ethischen und moralischen Werte hat.“ Redner sprachen wiederholt vom Kindermord und sagten, die Medien betrieben eine „Vollnarkose“, gespeist aus „zionistischer Propaganda“

Jüdische und solidarische Personen an den Universitäten werden gedrängt, sich gegen den Zionismus zu positionieren. Jüdische Studierende erleben, wie sie in Chatgruppen lächerlich gemacht werden, als „feige Zionisten“ und „Schweine“ bezeichnet. Israelsolidarische Personen erlebten, wie sie angespuckt und geschubst werden. Es gab Flyer auf Campi, in denen stand: „Und das jüngste Blutbad (gemeint war der 7. Oktober 2023) ist eine ernsthafte Warnung, dass es noch schlimmer kommen könnte, sollten sich die Dinge in Israel nicht grundlegend ändern.“ Plakate, die großflächig auf Campi erschienen, propagierten eine „Welt ohne Zionismus“ und „Intifada bis zum Sieg“. Parolen wie „From the River to Sea, Palestine will be free“ oder „Palästina ist arabisch“ delegitimierten den Staat Israel, was in Vernichtungswünschen seiner Bewohner:innen gipfeln kann.

13. und 17. Juni 2024

In einem Gebäude der Universität Marburg wurden Aufkleber „Gegen jeden Antisemitismus“ des regionalen Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit Hakenkreuzen beschmiert.

Jüdische Studierende exmatrikulieren sich, weil sie es nicht mehr aushalten. Manche jüdische Hochschullehrende unterrichten nur noch online. Sie alle suchen untereinander Solidarität, brauchen Rat und Unterstützung. Sie wenden sich an den Verband jüdischer Studierender Hessen, an die für von Antisemitismus Betroffene spezialisierte Beratungsstelle OFEK e.V. und auch, nach Implementierung, an Beauftragte gegen Antisemitismus – weniger an die Antidiskriminierungsstellen der Hochschulen. Jüdische Hochschulangehörige gründeten Ende 2023 das Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH), um gemeinsam gegen Antisemitismus aufzutreten. An diesen Beispielen wird deutlich, wie stark sich der israelbezogene Antisemitismus auf Campi verbreitet hat.

Israelbezogener Antisemitismus

Die Parole „From The River to the Sea“ verneint das Selbstbestimmungsrecht der jüdischen Menschen und stellt die Behauptung auf, Israel sei ein künstliches Gebilde und es gebe keine rechtmäßige Besiedlung des Landes.

Auch der Apartheid-Vorwurf, der immer wieder auf Plakaten und in Vorträgen etc. pauschal gegen den Staat Israel verbreitet wird, ist eine nicht haltbare Behauptung. Israelische Bürger:innen aus nicht-jüdischen Gruppen besetzen hochrangige Positionen und bekleiden öffentliche Ämter, sie sind in allen Gesellschafts- und Lebensbereichen vertreten, auch in der israelischen Armee oder im Justizwesen. Zudem wird mit diesem Vergleich die wirkliche Apartheid in der Geschichte Südafrikas bagatellisiert und relativiert.

„Kindermörder Israel“ unterstellt dem Staat Israel und Jüdinnen:Juden, sie würden gezielt palästinensische Kinder ermorden und dies mit gewisser Genugtuung. Hier wird die Ritualmordlegende aus dem Mittelalter reaktiviert. Dieser antisemitische Mythos besagt, Juden würden das Blut von (christlichen) Kindern zum Backen von Matzen zu Pessach oder anderen Ritualen verwenden. Diese Dämonisierung führte im Mittelalter zu Vertreibungen und Massakern an jüdischen Gemeinden. Heute dient der Vorwurf dazu, den Staat Israel – und auch die jüdische Community, die sich nicht vom Zionismus distanzieren will – zu dämonisieren und ein Existenzrecht Israels zu verneinen. „Dabei wird der Staat Israel zum ultimativen Bösen stilisiert. Von seiner Auslöschung erhofft man sich die Erlösung von den Krisen dieser Welt.“¹⁴

Die nicht in einer binären Weltsicht zusammenfassbare jüdische Identität und Geschichte wird offen negiert. „Zionismus sei Faschismus. Kolonialismus. Rassismus. Schlichtweg böse. Punkt. Keine Widerrede. Wer widerspricht, wird zum Deserteur und Kollaborateur deklariert. In unseren Räumen, so die antizionistische Logik weiter, ... in unserer Welt haben solche Andersdenkende keinen Platz.“¹⁵

Das Infragestellen oder Negieren des Existenzrechts Israels an hessischen Hochschulen

¹⁴ Wie FN 2, AJC-Bericht, S. 8.

¹⁵ Redebeitrag des Verbandes jüdischer Studierender Hessen, 24. Mai 2024, <https://www.vjsh.de/post/unser-redebeitrag-vom-24-mai-2024-an-der-kundgebung-des-campus-b%C3%BCndnis-gegen-antisemitismus-ffm>.

beruht auf der falschen Annahme, dass die Vertreibung von Palästinenser:innen die Basis der Staatsgründung Israels war.¹⁶ Damit wird außer Acht gelassen, dass Israel am 11. Mai 1949 als 59. Mitglied der Vereinten Nationen aufgenommen wurde. Damit genießt der Staat wie alle anderen auch Existenzrecht und hat völkerrechtlich Anspruch auf Fortbestand und Schutz vor existenzbedrohenden Angriffen.

Wenn auf Campi und in den Hochschulen verbal oder über Schilder und Sticker „argumentiert“ wird: „Es fing nicht mit dem 7. Oktober an, Israel besetzt seit 77 Jahren Palästina“, oder „Es begann nicht am 7. Oktober, sondern 1948“, dann liegt eine Relativierung oder schlimmstenfalls Legitimierung der Massaker und Geiselnverschleppungen des 7.10.23 vor – und auch eine Negierung der Fakten der Staatsgründung Israels und der folgenden Entwicklungen. Mit der Gleichsetzung der Staatsgründung Israels und einer vermeintlichen mehr als 70-jährigen „Besatzung“ „ganz Palästinas“ (nebenbei: Gaza wurde 2005 von Israel geräumt) wird Israel in den völkerrechtlich unumstrittenen Grenzen delegitimiert und zugleich sein Existenzrecht abgesprochen.

Die Delegitimierung Israels geht auch oft einher mit der Glorifizierung des „Widerstandes“ gegen den israelischen Staat durch den angeblich friedlichen Boykott der BDS-Bewegung¹⁷ gegen den Staat, seine Bewohner:innen und die jüdische Community in der Welt als deren „Stellvertreter:innen“. Damit werden Hochschulen unter Druck gesetzt, um Kooperationen mit israelischen Universitäten auszusetzen oder zu beenden und keine israelischen Wissenschaftler:innen mehr einzuladen etc. Auch die Zusammenarbeit mit israelischen und jüdischen Künstler:innen an Kunsthochschulen gerät unter Druck. Auf diese Weise werden Räume verengt und jüdische Perspektiven ausgeschlossen – mit der Folge, dass separate, als antisemitismusfrei verstandene Räume entstehen müssen. Bedauerlich ist, dass solche Schutzräume überhaupt nötig werden – Hochschulen sollten vielmehr Räume sein, die jüdische Perspektiven selbstverständlich einschließen und Antisemitismus klar benennen und zurückweisen.¹⁸

Die Terrororganisation Hamas als hauptverantwortliche Kraft für die brutalen Massaker des

¹⁶ Jörg Rensmann: Der Mythos Nakba. Fakten zur israelischen Gründungsgeschichte. Berlin 2013.

¹⁷ Alex Feuerherdt/Florian Markl, Die Israel-Boykottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand, Hentrich & Hentrich-Verlag, Leipzig 2020.

¹⁸ <https://www.neue-soziale-plastik.de/>

7. Oktober 2023 tauchte mit dem roten Dreieck als Symbol auch auf hessischen Campi und in sozialen Netzwerken von israelfeindlichen Hochschulgruppen auf. Die roten Dreiecke begründen sich auf Symbolen aus Hamas-Propagandavideos; an hessischen Hochschulen werden damit Gegner:innen und vermeintliche Zionist:innen markiert, darunter jüdische Studierende, aber auch andere Hochschulangehörige. Diese „Feindmarkierung“ kann zu Ausgrenzung, verbalen Angriffen, aber auch zu körperlicher Gewalt führen.

Die Verschränkung von Israelbezogenem und Post-Shoah- Antisemitismus

11. Januar 2024

Auf dem Campus der Goethe-Universität in Frankfurt am Main wurde die Hauswand eines antisemitismuskritischen und israelolidarischen Treffpunkts mit „Yallah Intifada“ und „Free Palestine from German Guilt“ beschmiert.

Ein anderer Aspekt in der Verschränkung von israelbezogenem Antisemitismus mit Post-Shoah-Antisemitismus zeigte sich seit der documenta fifteen 2022 in Kassel.¹⁹ Am 10. September 2022 tauchten im Fridericianum Plakate auf, die sich u.a. in vorgeblich ironischer Weise auf die BDS-Kampagne bezogen, etwa mit der Aufschrift „BDS: Being in Documenta is a Struggle“. Daneben sah man Poster, auf denen „Free Palestine from German Guilt“ stand. Dieser Slogan greift den Vorwurf auf, Deutschland würde sich aufgrund seiner NS-Vergangenheit und der Shoah unkritisch gegenüber angeblicher Kriegsverbrechen Israels in Palästina verhalten und Palästinenser:innen müssten deshalb das entstandene Leid ertragen. Auf einem weiteren Plakat war zu lesen: „Nakba is a Part of Erinnerungskultur“.

Der Satz ist im Kontext der Plakatreihe mit der Erinnerung und Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit zu sehen und erweckt den Anschein, die „Nakba“ könne mit den nationalsozialistischen Kriegsverbrechen und dem millionenfachen Mord an den europäischen Jüdinnen:Juden gleichgesetzt werden. Durch eine Gleichsetzung Israels mit Nazi-Deutschland wird der jüdische Staat dämonisiert sowie die Verbrechen der Shoah relativiert.“²⁰ „Free Palestine from German guilt“ ist seit der documenta fifteen fester

¹⁹ documenta fifteen. „Es wurde eine dunkelrote Linie überschritten“, hrsg. von RIAS Hessen, Marburg 2023, 2. Auflage, S. 58. https://rias-hessen.de/wp-content/uploads/2023/05/documentafifteen_Antisemitismus_2.Auflage_fin2.pdf.

²⁰ <https://www.jfda.de/documenta/3.6.-plakat-installation>.

Bestandteil der antiisraelischen, antisemitischen Propaganda, auch an hessischen Hochschulen.

„Dabei ist es besonders interessant, dass der Satz ‚Free Palestine from German guilt‘ ausschließlich auf Englisch gebraucht wird. Auf diese Weise wird der eigentliche Ursprung dieses Gedankens verschleiert. Denn der Wunsch von der ‚Befreiung von deutscher Schuld‘ könnte auch von einem NPD-Wahlplakat (heute ‚Die Heimat‘) stammen. Es ist bezeichnend, dass Studierenden in Deutschland der antisemitische Anstrich dieses Satzes vermeintlich nicht klar zu sein scheint. Denn was gemeint ist, ist nichts anderes als ein altes antisemitisches Narrativ: Jüdinnen:Juden würden die Politik kontrollieren und dabei den Holocaust ausnutzen, um die Welt zu ihrem Vorteil zu lenken. Hiermit gelangen wir zur antisemitischen Verschwörungserzählung von den Protokollen der Weisen von Zion. Es ist altbekannter, tiefverankerter Schuldabwehr-Antisemitismus, der im Namen der vermeintlichen Solidarität mit Palästina in die Öffentlichkeit tritt. Hinter der Solidarität Deutschlands mit Israel wird eine geheime Verschwörung vermutet. Es sollte selbsterklärend sein, warum jüdische Studierende sich am Campus nicht sicher fühlen können. Wir sind vom selben antisemitischen Gedankengut umgeben, das wir bereits seit Jahrzehnten nur zu gut kennen. Nur wird dieses jetzt in Codes kommuniziert, die dieses als vermeintlich progressiv und links labeln.“²¹

Ein in diesem Zusammenhang ähnlicher Slogan ist der auf hessischen Campi und während Kundgebungen auf Straßen und Plätzen ebenfalls verbreitete „One Holocaust does not justify another“.

Damit wird sowohl suggeriert, der Staat Israel begehe einen Holocaust in Gaza bzw. an Palästinenser:innen, und zugleich wird die Shoah marginalisiert und relativiert. In Israel und in der jüdischen Community weltweit leben noch immer Überlebende der Shoah und damit auch deren Nachkommen – sie werden dadurch in ihrer Geschichte relativiert und es erfolgt eine Täter-Opfer-Umkehr.

²¹ Lagebild Antisemitismus an Universitäten. Ursachen und Wirkungsweisen eines nicht neuen Phänomens - Hanna Veiler, Präsidentin der JSUD, in: Lagebericht Antisemitismus an deutschen Hochschulen", hrsg. von der Jüdischen Studierenden Union Deutschland (JSUD) und dem American Jewish Committee (AJC) Berlin, Berlin 2025, S. 12 (<https://ajcgermany.org/de/media/168>).

Eine solche Schuldabwehr und Relativierung der Shoah zeigt sich auch in postkolonialen Debatten und Ideologien.²²

Hochschulen in Hessen als verunsichernde Räume

Universitäten sind komplexe Räume, die verschiedene Ursprünge und Funktionen haben²³ – von Gedenkort für nach 1933 vertriebene und ermordete jüdische Hochschulangehörige über virtuelle Räume für Fachgruppen, Studierenden- und Seminargruppen bis hin zu Seminarräumen und Hörsälen bis hin zur Mensa als Ort der Begegnung und den Sanitäreinrichtungen. Diese Orte funktionieren im Sinne der Teilhabe aller Universitätsangehöriger nur als Ganzes.

Antisemitismus oder eine inadäquate Reaktion und ein unangemessener Umgang mit diesem Phänomen kann den Gesamttraum beschädigen und für Betroffene verschließen und unbefahrbar machen. Antisemitische Vorfälle auf Campi und in den Räumen selbst erzeugen ein Klima der Unsicherheit und Ausgrenzung. Antisemitismus verengt die Räume an Hochschulen.

Antisemitische Schmierereien und Sticker begleiten Menschen in allen Räumen einer Hochschule, vom Campus bis in die Toiletten. Wenn „neutrale“ Orte wie Wände, Hörsäle etc. betroffen sind, ist es schon schlimm genug, sobald Erinnerungstafeln an ermordete oder emigrierte jüdische Angehörige der Hochschule betroffen sind, indem diese mit roter oder anderer Farbe beschmieret oder mit Aufklebern bestückt werden, wird deutlich: Auch die jüdische Geschichte verliert ihren Raum und ihre Akzeptanz. Es ist nicht möglich, zu erinnern, und auch transgenerationelle Traumata werden weder respektiert noch sensibel mit Triggern umgegangen.

Encampments und Besetzungen von Räumen durch antisemitische Gruppen, die oft lautstark

²² Ingo Elbe: Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung. Berlin 2024; Susanne Urban (2022) 'The Shoah, Postcolonialism, and Historikerstreit 2.0: Germany's Past in Its Present', Israel Journal of Foreign Affairs, 16(1), pp. 83–97. doi: 10.1080/23739770.2022.2065798.

²³ Wir danken Michael Höttemann von der Antidiskriminierungsstelle der TU Darmstadt für die Inspiration für diesen Abschnitt, basierend auf seinem Working Paper: Räume antisemitischer Diskriminierung an Hochschulen (Kontakt zu M. Höttemann: https://www.tu-darmstadt.de/universitaet/diversity/antidiskriminierungsstelle/artikel_details_de_en_364288.de.jsp).

agieren, wird das Sicherheitsgefühl gestört und im schlimmsten Fall entwickelt sich das Gefühl des Unerwünschtseins und der dauerhaften Verschließung der Räume durch verbale und physische Angriffe gegen Personen oder gegen einen selbst. Es erscheint kaum noch möglich, dem Antisemitismus zu entkommen.

Eine Anerkennung der antisemitischen Erfahrung ist wichtig. Die Anerkennung wird dadurch begrenzt, wenn Betroffene Antisemitismus selbst erklären oder sich rechtfertigen müssen, Fakultäten, Studierendensekretariate, Verwaltungsbüros, Antidiskriminierungsstellen und Fachbereichsleitungen sollten für Hochschulangehörige da sein und empathisch begleiten. Sie sind Stellen des Schutzes und der Gleichberechtigung. Wenn auch dort Empathie und Antisemitismusverständnis sowie Verständnis für die Reaktion Betroffener auf Antisemitismus fehlt, sind auch die Ansprechpartner:innen in Universitäten kein adäquates Gegenüber mehr für die Betroffenen.

Problematische Lehrveranstaltungen

Auch der universitäre Mittelbau und die Professor:innenenschaft sind nicht antisemitismusfrei, weil eine antisemitismuskritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Fach und eine darauf basierende Selbstreflexion nicht verpflichtend stattfindet. Sobald sich Antisemitismus in akademischen Strukturen äußert oder bagatellisiert bzw. relativiert wird, wird für jene, die es trifft, deutlich: Das ist Teil der akademischen Welt. Ist dort eine Karriere noch möglich? Strukturellem Antisemitismus ist weitaus schwerer zu entkommen als jenem in der Mensa oder in den Sanitäranlagen.

Dasselbe gilt für Seminare und andere Kurse: Problematische Aussagen oder Inhalte in Diskussionen, Vorlesungen oder Seminaren, die antisemitische Stereotype reproduzieren oder ein unsensibler Umgang mit jüdischen Themen oder der Shoah durch Lehrende oder Mitstudierende ist nicht selten. Das Beiseite wischen von Einwänden und der Hinweis auf Antisemitismus in Texten, Quellen und einer evtl. einseitigen Auswahl von Material als Befindlichkeit oder vermeintlich unwissenschaftlichem Einwurf führt für Betroffene zu einem weiteren Rückzug aus den Diskursräumen und den reellen Räumen. Eine offene Lern- und Diskursatmosphäre wird durch antisemitische Indoktrination und einseitige Positionierungen zu bspw. Israel beschädigt.

Jüdische und andere betroffene Personen ziehen sich aus Diskussionen heraus, wechseln Studiengänge, erleben in Diskussionen oft Einsamkeit und Isolation, sogar ein Vorführen durch Lehrpersonal.

Selbst Räume zwischenmenschlicher Begegnungen wie Mensa, Cafeteria, Wohnheime und studentische Veranstaltungen sind keine antisemitismusfreien Räume. Von Angriffen auf die jüdische Identität bis hin zu Witzen über die jüdische Religion oder das Ausschließen von „Zionisten“ aus Partys und Versammlungen geschieht alles, was denkbar ist, bis hin zu Mikroaggressionen in Peer-to-Peer-Interaktionen. Freundschaften, Austausch und ein Zugehörigkeitsgefühl zur Universität brechen weg.

Virtuelle universitäre Räume, die einem Austausch und der Verabredung oder der Information dienen, werden durch antisemitische Postings, Kommentare und Markierungen zu virtuellen No-Go-Areas. Selbst dieser Raum, der nur virtuell existiert, verschließt sich.

Reale wie virtuelle Räume werden zunehmend unsicher – und es bleibt die Frage, wo von Antisemitismus Betroffene überhaupt noch geschützte Räume finden können. Die Folgen sind erheblich: Stress, Isolation und eine deutliche Beeinträchtigung der akademischen Leistungsfähigkeit. In der Konsequenz wird ihre gleichberechtigte Teilhabe am universitären Leben faktisch beendet. Dies steht nicht nur im Spannungsverhältnis zu Fragen der Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, sondern widerspricht auch den Grundprinzipien von Demokratie, die gleiche Lebensbedingungen, soziale Gerechtigkeit, Integration und Teilhabe für alle sichern soll. Die geschilderten Entwicklungen zeigen, dass Antisemitismus an hessischen Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023 eine neue Qualität erreicht hat. Jüdische und israelsolidarische Hochschulangehörige sind in ihrer Sicherheit, ihrer Teilhabe und ihrer akademischen Freiheit massiv eingeschränkt. Antisemitische Vorfälle reichen von verbalen Angriffen und sozialer Ausgrenzung bis hin zu physischer Gewalt und struktureller Marginalisierung.

Diese Situation macht deutlich, dass Hochschulen nicht nur Beobachterinnen, sondern aktive Gestalterinnen eines sicheren, diskriminierungsfreien Umfeldes sein müssen. Hier kommen den Antisemitismusbeauftragten und Ansprechpersonen eine zentrale Rolle zu: Sie tragen

Verantwortung für Prävention, Intervention und die Schaffung vertrauensvoller Strukturen, die jüdische Perspektiven ernst nehmen und weisungsfrei agieren können. Der folgende Teil dieser Handreichung widmet sich daher den Aufgaben, Handlungsmöglichkeiten und Best-Practice-Ansätzen für die Arbeit von Antisemitismusbeauftragten an hessischen Hochschulen.

Vertiefung I: Sind Juden weiß?

Der Ursprung des Judentums liegt im Gebiet des heutigen Staates Israel. Die dort lebende jüdische Bevölkerung wurde in den Jahrhunderten der geopolitischen Wechselherrschaften verfolgt und auch vertrieben. Die Delegitimierung der Herkunft von Jüdinnen:Juden aus der Region und ihrer Verbindung zum Land vor Staatsgründung wie auch die Diffamierung des Staates Israel als Kolonialprojekt bzw. der jüdischen Bewohner:innen als Kolonisator:innen ist historisch falsch und weist rassistische Untertöne auf, weil der Kolonialismus und seine Protagonisten als „weiß“ gelesen werden. Die jüdische Gemeinschaft in Israel stammt auch aus arabischen Staaten wie dem Jemen oder dem Irak, aus dem Iran (Persien) ebenso wie aus Indien oder Äthiopien. Durch das Herauslösen der Jüdinnen:Juden aus der Geschichte des Nahen Ostens, werden sie zu Fremdkörpern in dieser Region und ihre vielfältigen historischen und kulturellen Wurzeln, die tief in der nahöstlichen und nordafrikanischen Geschichte verankert sind, werden ignoriert. Zudem wird übersehen, dass von etwas mehr als 10 Millionen Einwohner:innen Israels rund 7,7 Millionen Bürger:innen (knapp 77 Prozent) Jüdinnen:Juden sind, rund 2,1 Millionen israelische Araber:innen (21 Prozent), die restlichen rund 440.000 Menschen sind Christen und Drusen sowie die in Israel beheimateten Bahai.

Teil II: Handlungsrahmen für Ansprechpersonen gegen Antisemitismus

Antisemitismus gefährdet nicht nur das Sicherheitsgefühl und die akademische Teilhabe jüdischer und israelsolidarischer Hochschulangehöriger, sondern unterminiert die Grundprinzipien der Wissenschaftsfreiheit und des demokratischen Miteinanders. Um dieser Entwicklung wirksam zu begegnen, bedarf es klarer Strukturen, qualifizierter Beratung und einer institutionellen Verantwortung, die über symbolische Solidaritätsbekundungen hinausgeht.

An dieser Schnittstelle setzen die Antisemitismusbeauftragten bzw. Ansprechpersonen für Antisemitismus an Hochschulen an. Sie bilden die zentrale Brücke zwischen den Betroffenen, den Hochschulleitungen und der gesamten akademischen Gemeinschaft. Ihre Aufgaben reichen von der unmittelbaren Beratung und Unterstützung Betroffener über präventive Bildungsarbeit und die Entwicklung antisemitismuskritischer Strukturen bis hin zur Vernetzung innerhalb und außerhalb der Hochschule.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland formulierte dies in einem Paper, das hier in Auszügen wiedergegeben wird.

„Strukturelle Änderungen im Hochschulbereich sind nötig, um die Lage von jüdischen Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitern an Hochschulen nachhaltig zu verändern. Für die Sicherheit jüdischer Hochschulangehöriger ist es elementar, dass die Hochschulleitungen unmissverständlich klarmachen, dass Hass und Hetze nicht geduldet werden. Es ist wichtig, dass sich die Universitätsverwaltung in Wort und Tat für jüdische Studierende und Lehrende einsetzt. Leitbilder/ Leitlinien der Hochschulen und Codes of Conduct Die Leitbilder bzw. Leitlinien der Hochschulen und die Codes of Conduct müssen klare Regeln aufstellen, die auch Richtlinien für Proteste und Demonstrationen einschließen. Hochschulen sind Orte, an denen ein breites Spektrum an Vorstellungen, Perspektiven und Sichtweisen artikuliert und verbreitet werden. Wenn Mitglieder der akademischen Gemeinschaft zum Schweigen gebracht, belästigt, eingeschüchtert oder bedroht werden, oder wenn der normale Lehr-, Lern- und Forschungsbetrieb der Universität gestört wird, kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen muss als auszuschließendes Kriterium in die Leitbilder bzw. Leitlinien der Hochschulen aufgenommen werden. Studierende, Lehrende und Mitarbeitende der Hochschulen müssen diese Verhaltenskodizes

kennen und einhalten. Die Hochschulleitung muss dafür sorgen, dass diese Richtlinien durchgesetzt werden.

Notfallpläne und Handreichungen für den Umgang im Antisemitismus an Hochschulen müssen erarbeitet werden. Es braucht klare Melde- und Handlungswege, die aufzeigen, wie bei Besetzungen, Beleidigungen, Schmierereien und vielem mehr konkret vorgegangen wird und wer zuständig ist. Eine Null-Toleranz-Strategie gegen antisemitische Symbolik und Codes auf dem Campus ist wichtig (egal, um welche Form des Antisemitismus es sich handelt und egal, von welcher Seite er ausgeht).

An den Hochschulen sollten verlässliche Anlaufstellen für jüdische Studierende, Lehrende und Mitarbeitende geschaffen werden. Die Anlaufstelle dient dazu, Betroffenen sowie allen anderen, die Antisemitismus beobachten oder sich gegen ihn einsetzen wollen, zur Seite zu stehen. Zudem soll sie Initiatorin von Maßnahmen der Prävention und Intervention an Hochschulen sein und deren Umsetzung beobachten und begleiten.

Antisemitismusbeauftragte müssen qualifiziert sein und das Vertrauen der jüdischen Gemeinschaft genießen. Sie müssen mit Kompetenzen ausgestattet sein, um die Situation vor Ort analysieren und passgenaue Konzepte erarbeiten zu können. Zu ihrem Aufgabengebiet muss auch die Beratung von Hochschulleitungen und Lehrenden und die Abstimmung mit Studierendenvertretungen gehören. Antisemitismusbeauftragte müssen Diversity-, Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragten rechtlich gleichgestellt werden, feste Sitze in Gremien bekommen und Mitspracherecht z.B. bei Struktur- und Personalentscheidungen bekommen. Antidiskriminierungsbeauftragte sollten qualifiziert werden, um die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus zu erkennen, insbesondere die aktuellen Formen. Sie sollten auch dann weitergebildet werden, wenn es Antisemitismusbeauftragte gibt.“²⁴

Auf dieser Grundlage braucht es eine klare organisatorische Rahmung, deren zentrales Kriterium Nachhaltigkeit ist. Nachhaltigkeit bedeutet hier: verlässlich und mehrjährig gesicherte Ressourcen; rechtliche und strukturelle Verankerung der Funktionen (inklusive Weisungsfreiheit und Gremienrechten); kontinuierliche Qualifizierung sowie fest etablierte Routinen der Dokumentation, Evaluation und Anpassung, damit Strukturen unabhängig von einzelnen Personen tragfähig bleiben. Ebenso wichtig ist eine verbindliche Zusammenarbeit

²⁴ <https://www.zentralratderjuden.de/wp-content/uploads/2025/05/Antisemitismus-an-Hochschulen-Positionen-und-Forderungen.pdf>.

„Hand in Hand“ mit Antidiskriminierungs-, Gleichstellungs- und Diversitätsstrukturen – nicht nebeneinander, sondern eng verzahnt und gut abgestimmt. Bestehende Strukturen sollen dabei nicht dupliziert, sondern gezielt genutzt, weiterentwickelt und in die Hochschulgovernance integriert werden (u. a. durch klare Zuständigkeiten, feste Budgets, verbindliche Berichtslinien und regelmäßige Wirkungsüberprüfungen). So entsteht eine belastbare, lernfähige Gesamtstruktur, die Beratung stärkt, Dilemmata entschärft und Wissenschaftsfreiheit wie Teilhabe verlässlich schützt – heute und langfristig.

Vertiefung II: Diversität innerhalb der jüdischen Community und die Rolle postsowjetischer Juden

Jüdisches Leben in Deutschland ist nicht homogen, sondern durch eine religiöse, kulturelle und soziale Diversität geprägt. Orthodoxe, liberale und säkulare Jüdinnen:Juden sind ebenso Teil der Community wie israelische Staatsangehörige, internationale jüdische Studierende und eine große Gruppe postsowjetischer Jüdinnen:Juden.²⁵ Diese Diversität existiert gleichzeitig und nicht nebeneinander. Die unterschiedlichen Lebensrealitäten, religiösen Bindungen und biografischen Hintergründe prägen Erfahrungen in Hochschulkontexten ebenso wie die Wahrnehmung von und den Umgang mit Antisemitismus.

Gerade postsowjetische Jüdinnen:Juden haben in der Vergangenheit eine besondere Rolle eingenommen: Viele von ihnen sind säkular sozialisiert und verfügen nicht immer über ausgeprägte religiöse Bindungen, erleben aber dennoch antisemitische, auch anti-judaistische Zuschreibungen und Diskriminierungen. Während ältere Generationen nach der Migration oft zwischen einer gewissen Unsichtbarkeit in jüdischen Institutionen und einem gleichzeitigen „jüdisch gelesen werden“ in der Mehrheitsgesellschaft standen, zeichnet sich bei der jungen Generation an Hochschulen ein anderes Bild: Sie ist sichtbarer, vernetzter und häufig in jüdischen Hochschulgruppen oder Verbänden wie der Jüdischen Studierendenunion aktiv.²⁶ Diese Diversität innerhalb der jüdischen Community ist für die Arbeit von Antisemitismusbeauftragten an Hochschulen besonders relevant. Sie macht deutlich, dass antisemitische Vorfälle sehr unterschiedliche Betroffenheiten erzeugen können – von Studierenden mit stark religiöser Bindung bis zu säkularen Mitgliedern der Community. Daher müssen Beratungsangebote, Schutzkonzepte und Präventionsarbeit alle diese Perspektiven berücksichtigen. Nur durch diese Berücksichtigung der Diversität kann die Sichtbarkeit und Reichweite antisemitismuskritischer Arbeit an Hochschulen sichergestellt werden.

²⁵ <https://hilpub.uni-hildesheim.de/server/api/core/bitstreams/09008b0a-4caa-43d0-b7f4-fc5bbb51f149/content>.

²⁶ Julia Bernstein: Man hat Juden erwartet und es sind Menschen gekommen, bpb, 2021, <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/juedischesleben/331911/man-hat-juden-erwartet-und-es-sind-menschen-gekommen/#node-content-title-9>.

3. Beratung

Eine zentrale Aufgabe der Antisemitismusbeauftragten bzw. der Ansprechpersonen zu Antisemitismus an Hochschulen ist die Beratung von betroffenen Studierenden und Hochschulangehörigen. Für eine qualifizierte Betroffenenberatung sind folgende Rahmenbedingungen essenziell:

- Sprechen im geschützten Raum
- Vertraulichkeit
- Unabhängigkeit
- Niedrigschwelligkeit
- Orientierung an den Bedarfen der Ratsuchenden und Betroffenen
- Verweisberatung zu OFEK e.V.

Inhaltlich sind Wissen um die verschiedenen Erscheinungsformen und Wirkmechanismen von Antisemitismus und transgenerationaler Traumata, Kenntnisse der jüdischen Organisationen und Strukturen sowie Parteilichkeit und Solidarisierung mit den Beratungsnehmenden und allgemein mit Betroffenen essenziell.

Aus der Beratungspraxis der Antidiskriminierungsberatungsstellen geht hervor, dass sich jüdische Betroffene nur selten an Beratungsstellen mit einem horizontalen Beratungsansatz wenden. Stattdessen wenden sich sie in der Regel an auf Antisemitismus spezialisierte Beratungsstellen und vertraute Personen bzw. Verbände. Dieser Umstand ist auf negative Erlebnisse in der Vergangenheit sowie auf antizipierte negative Erfahrungen wie Relativierungen und Bagatellisierungen zurückzuführen. Auch ist Antisemitismus ein komplexes Phänomen, das sich nicht nur an den politischen Rändern wiederfindet. Des Weiteren können manche Hochschulangehörige, die sich antisemitisch artikulieren oder diskriminieren, selbst Beratungsbedarf haben, beispielsweise aufgrund rassistischer Diskriminierung oder sexueller Belästigung. Aus dem bereits erwähnten Lagebericht Antisemitismus des AJC geht hervor, dass viele Studierende den Campus sowie Präsenzveranstaltungen, sofern möglich, vermeiden. Um diese Studierenden mit dem Beratungsangebot erreichen zu können, ist eine weitreichende Vernetzung und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit jüdischen Einrichtungen. Demzufolge muss sich eine Beratung, die zugleich qualifiziert und niedrigschwellig ist und sich an den Bedarfen der

Betroffenen orientiert, zwangsläufig ausschließlich an jüdische und als jüdisch wahrgenommene sowie solidarische Menschen richten.

4. Bildungsarbeit, Prävention und Intervention

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Arbeit der Antisemitismusbeauftragten oder der Ansprechpersonen Antisemitismus an Hochschulen ist die Intervention bei antisemitischen Vorfällen sowie die Prävention in Form von Fortbildungsveranstaltungen für Hochschulangehörige wie Lehrende, dem Mittelbau, der Hochschulleitung und der Verwaltung. Dabei ist zu beachten, dass diese Zielgruppen sehr divers sind und unterschiedliche Vorkenntnisse wie Bedarfe aufweisen. Hinzu kommen auch das mal fragmentarisch, mal dezidiert antisemitisches bzw. manichäisches Welt- und vor allem Israelbild. Nicht selten äußern sich Professor:innen und Dozierende, unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit, antisemitisch oder bieten problematische oder einseitige Lehrveranstaltungen an.

Eine weitere Herausforderung im Bereich der Antisemitismusprävention an Hochschulen ist das Monitoring israelfeindlicher (Hochschul-)gruppen und ihrer Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Hochschulkontextes, auch zum Schutz jüdischer Studierender und Hochschulangehöriger. Verbale Aggressivität kann in Gewalt und Bedrohungslagen umschlagen. Und nicht zuletzt braucht es eine antisemitismuskritische Hochschulstrategie, die auf bestehenden Strukturen aufbaut und diese weiterentwickelt. Um dieser Vielzahl an Aufgaben gerecht zu werden, sind nicht nur fundierte Kenntnisse über Antisemitismus, sondern auch über jüdisches Leben in Deutschland und Faktenkenntnisse über Israel und seine Entstehungsgeschichte sowie des Konflikts mit seinen arabischen Nachbarn, über Hochschulstrukturen und -recht unerlässlich.

Daher ist die Festlegung von Qualitätskriterien essenziell. Ein unentbehrliches Qualitätskriterium für die Präventionsarbeit ist die Orientierung an der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA, da sie antisemitische Äußerungen auch dort erkennbar macht, wo sie nicht offen, sondern codiert, indirekt oder im Gewand vermeintlicher Israelkritik auftreten – und damit eine präzise Grundlage für präventive Maßnahmen und zur Einordnung antisemitischer Vorfälle bietet.

5. Vernetzung

Für Antisemitismusbeauftragte an Hochschulen ist der Einstieg oft mit vielen offenen Fragen verbunden – insbesondere dann, wenn sie bisher wenig Erfahrung im Themenfeld mitbringen. Umso wichtiger ist es, sich frühzeitig aktiv zu vernetzen, Orientierungshilfen einzuholen und auf bestehende Strukturen zurückzugreifen. Denn Antisemitismusprävention lässt sich nur im Zusammenspiel mit anderen gestalten.

Vernetzung mit jüdischen Akteur:innen

Ein zentraler erster Schritt ist der Kontaktaufbau zu jüdischen Gemeinden und Verbänden Hochschulgruppen und Fachstellen. Diese verfügen über langjährige Erfahrung, kennen die spezifischen Bedarfe jüdischer Studierender und Hochschulangehöriger – und können beratend zur Seite stehen.

Empfohlene Ansprechstellen:

- Jüdische Gemeinden und Landesverbände
- Jüdische Studierendenverbände und -hochschulgruppen
- Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender
- Fachberatungsstellen wie OFEK e.V. (für die Betroffenenberatung)
- RIAS (für die Vorfalldokumentation)
- Bildungsinitiativen mit Erfahrung in antisemitismuskritischer Bildungsarbeit.

Diese Kontakte sind essenziell, um antisemitismuskritische Maßnahmen nicht über, sondern mit jüdischen Perspektiven zu entwickeln und jüdische Hochschulangehörige zu erreichen.

Hochschulinterne Vernetzung

Antisemitismuskritische Arbeit betrifft viele Bereiche der Hochschule. Beauftragte bzw. Ansprechpersonen sollten sich aktiv mit zentralen Schnittstellen innerhalb der Hochschule vernetzen, darunter:

- Psychosoziale Beratungsstellen, Antidiskriminierungsstellen und / oder Gleichstellungsbüros für strukturelle Zusammenarbeit
- Studierendenvertretungen, um Sensibilisierung in der Breite zu fördern
- Studienberatungen, da antisemitismusbedingte Studienabbrüche thematisiert werden müssen
- Dozierende und Fachbereiche, insbesondere bei Vorfällen im Lehrkontext

- Sicherheitsdienst / Hausverwaltung, etwa bei Schutzmaßnahmen für jüdische Veranstaltungen
- Beschwerdestellen und Ombudspersonen

Erfahrungsaustausch und Best Practices

Gerade für neu ernannte Beauftragte ist es hilfreich, sich mit anderen Hochschulstandorten oder überregionalen Netzwerken zu verbinden. Der Austausch mit Kolleg:innen aus anderen Hochschulen bietet Einblick in funktionierende Strukturen, typische Herausforderungen und bewährte Maßnahmen.

6. Evaluation und antisemitismuskritische Qualitätsentwicklung

Antisemitismuskritische Arbeit an Hochschulen erfordert Reflexion, Anpassung und Weiterentwicklung. Evaluationen bieten hier ein zentrales Instrument, um die Wirksamkeit und Anschlussfähigkeit von Maßnahmen systematisch zu überprüfen, institutionelle Lernprozesse anzustoßen und die Perspektiven Betroffener einzubinden.

Dabei gilt: Evaluation ist nicht nur Kontrolle, sondern ein Element qualitativer Weiterentwicklung. Sie hilft, Strukturen nachhaltig zu verankern, Lücken sichtbar zu machen und die Relevanz antisemitismuskritischer Maßnahmen gegenüber Hochschulleitungen oder Förderstrukturen belegbar zu machen.

Mögliche Evaluationsansätze:

- **Strukturbezogene Evaluation**
 - Wird die IHRA-Definition in Leitbildern, Gremien und Verfahrensordnungen berücksichtigt?
 - Sind Melde- und Beratungsstrukturen für Betroffene bekannt, zugänglich und wirksam?
- **Inhaltsbezogene Evaluation**
 - Werden Lehr- und Fortbildungsangebote zu Antisemitismus angenommen?
 - Berücksichtigen sie jüdische Perspektiven auf Antisemitismus?
 - Werden alle Erscheinungsformen von Antisemitismus thematisiert?
- **Prozessevaluation**
 - Welches sind die behördlichen Wege und Abläufe im Fall antisemitischer Vorfälle und Beschwerden?

- Funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Ansprechpersonen, Hochschulleitung, Verwaltung und externen Stellen?
- **Feedback- und Betroffenenperspektive**
 - Gibt es niedrigschwellige Möglichkeiten für jüdische und israelsolidarische Studierende und Hochschulangehörige, Rückmeldung zu geben?
 - Werden ihre Perspektiven aktiv eingeholt und berücksichtigt?

Evaluation ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung dafür, dass Antisemitismusbearbeitung nicht reaktiv bleibt, sondern proaktiv, verantwortungsvoll und wirksam weiterentwickelt wird.

7. Fazit

Die vorliegende Handreichung zeigt, dass Antisemitismus an Hochschulen ein komplexes, dynamisches und zunehmend sichtbares Problem ist. Er äußert sich in Bedrohungen, Ausgrenzung, der Schließung von realen wie virtuellen Räumen sowie in subtilen Formen der Delegitimierung und Relativierung. Mit den Ereignissen nach dem 7. Oktober 2023 hat sich die Lage jüdischer Hochschulangehöriger und Studierender sowie solidarischer Personen noch einmal verschärft.

Wirksame Maßnahmen gegen Antisemitismus können nur als fortlaufender Prozess verstanden werden. Hochschulen benötigen klare Strukturen, handlungsleitende Leitlinien und eine konsequente Null-Toleranz-Haltung gegenüber allen Erscheinungsformen von Antisemitismus. Zugleich müssen diese Maßnahmen stets an die individuellen Gegebenheiten und Schwerpunkte der jeweiligen Hochschule angepasst werden, da Größe, Fachkulturen und Risikolagen variieren.

Diese Handreichung versteht sich als praxisorientierte Orientierungshilfe und Impulsgeberin: Sie soll Hochschulen sowie Ansprechpersonen und Beauftragte gegen Antisemitismus befähigen, eigene Schwerpunkte zu setzen, Strukturen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Spezialisierte Stellen machen spezifische Herausforderungen sichtbar, entlasten die allgemeine Antidiskriminierungsberatung und führen sie aus teils unlösbaren Dilemmata. Alle Maßnahmen sind so zu konzipieren, dass sie die gesamte Hochschule sicherer, offener und pluraler machen – in enger Zusammenarbeit mit jüdischen Communities und einschlägigen Fachstellen und auf der Grundlage kontinuierlicher Reflexion, Evaluation und Anpassung. Dieser Prozess lebt von Kooperation, Austausch und geteilter Verantwortung.

Checkliste für Veranstaltungen

Diese Checkliste dient Hochschulen zur Prävention und Intervention bei potenziell antisemitischen Veranstaltungen. Sie berücksichtigt israelbezogenen und post-Shoah-Antisemitismus und basiert auf der IHRA-Definition.

Eine kritische Auseinandersetzung mit israelischer Politik bleibt möglich; sie muss sich jedoch wissenschaftlichen und ethischen Standards unterwerfen. Hochschulen sollen verhindern, dass problematische Narrative unter dem Vorwand der Wissenschaftsfreiheit normalisiert werden. Hochschulen bleiben somit Orte der verantwortlichen Debatte und bieten Räume, in denen sowohl wissenschaftliche Freiheit als auch der Schutz vor Diskriminierung gleichermaßen beachtet werden.

Veranstaltungsbeschreibung

Tragen Sie alle relevanten Details der Veranstaltung ein. Diese Informationen bilden die Grundlage für die Prüfung auf potenziell antisemitische Inhalte oder Akteur:innen. Berücksichtigen Sie Ankündigungstexte, Social-Media-Postings und andere öffentliche Materialien.

Titel der Veranstaltung:

Datum und Uhrzeit:

Ort:

Veranstalter:in/Organisation:

Referent:innen:

Thema/Beschreibung:

Zielgruppe:

Bewerbung (z. B. Flyer, Social Media, Website):

Anmerkungen:

1. Recherche und Prävention

Referent*innen, Veranstalter*innen, Ankündigung

Kriterium	Recherchequellen	Trifft zu?
IHRA-Ablehnung (= Ablehnung jüdischer (Betroffenen) Perspektiven)	Social Media / Offene Briefe	☐
BDS-Nähe / Unterstützer:in	Social Media / Offene Briefe	☐
Kooperation mit israelfeindlichen Gruppen	Social Media / Veranstaltungsankündigungen	☐
Dämonisierung Israels	Social Media / Veranstaltungsankündigungen	☐
Delegitimierung Israels	Social Media / Veranstaltungsankündigungen	☐
Doppelter Standard (z.B. Iran wird nicht verurteilt für sein Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung oder für Terror)	Social Media / Veranstaltungsankündigungen	☐
Gleichsetzung NS (Nazi/SS/Vernichtungskrieg etc.) mit Israel	s.o.	☐
Gleichsetzung Gaza-Auschwitz, Kriege mit Shoah etc.	s.o.	☐
Free Palestine from German Guilt o.ä. Aussage	s.o.	☐
Hamas als Widerstandsorganisation	s.o.	☐
From the River to the Sea ... / Palästina ist /bleibt arabisch	s.o.	☐
7. Oktober 2023 leugnen, relativieren, als Widerstand feiern / Es begann nicht am 7. Oktober (2023)	s.o., Statements, offene Briefe	☐
(Ganz) Israel ist ein Apartheidstaat	s.o.	☐
(Siedler-)kolonialismus / Bezeichnung "Siedler" für alle Israelis	s.o., Veröffentlichungen	☐
Death to the IOF / IDF (Israelische Verteidigungsarmee)	Social Media	☐
Juden als Lobby	Social Media	☐

Deutsche Medien lügen, machen Hasbara / israelische Propaganda / Sprachrohr Israels	Social Media	☐
Zentralrat als „Sprachrohr Israels“ / Zionismus	Social Media	☐

Bildsprache der Ankündigung

Bild		Trifft zu
Gewaltverherrlichende Bildsprache (z.B. verummte Menschen mit Kuffiyah, Steinschleudern, Waffen)		☐
Symbol rote Hände		☐
Rotes Dreieck		☐
Konterfei von Terrorist*innen (z.B. Laila Khaled)		☐
Das Staatsgebiet Israels als Palästina markiert		☐

2. Raumvergabe und Intervention

Raumvergabe / -entzug

Prüfen Sie die Argumente für und gegen Raumentzug. Konsultieren Sie die Rechtsabteilung bei Bedarf.

Argument	Empfehlung	Trifft zu
Grundlegende Raumverweigerung an bestimmte Gruppen	Teils nicht ausreichend, Gruppen sind oft gut vernetzt, Wechsel des Veranstalters	☐
Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit	Wird als Argument insbesondere für israelbezogenem Antisemitismus missbraucht, während niemand einem Rechtsextremen zum Thema Erinnerungspolitik/Shoah oder einem Sexisten einen Raum anböte oder ihn/sie zum Vortrag einladen würde.	☐
Diskursräume offen halten	Wo Wissenschaft durch Dogmatik und Ideologie ersetzt wird, geht es nicht um Diskurs.	☐
IHRA ist nicht wissenschaftlich, weshalb wird die Definition als Grundlage genommen?	Hochschulrektorenkonferenz: 2019 IHRA empfohlen.	☐

Juristische Prüfung durchgeführt? ☐ Ja ☐ Nein

Entscheidung: ☐ Raum verweigern ☐ Raum gewähren mit Auflagen ☐ Raum gewähren

Intervention während der Veranstaltung

Führen Sie möglichst eine Risikoanalyse durch und bereiten Sie einen Kommunikationsplan vor. Handeln Sie bei Störungen schnell und deeskalierend.

Argument	Empfehlung	Trifft zu
Veranstaltung findet statt, es fallen von Referent: innen und aus dem Publikum o.g. Triggerworte und Relativierungen etc. (Hamas als Widerstand bspw.).	Moderation oder Ansprechperson weist bestimmte Aspekte zurück, auch argumentativ. Beendet Diskussion, wenn nötig.	☐
Personen aus dem Publikum stören, im Sinne von Parolen, Geschrei etc.	Deeskalation einleiten. Personen beruhigen, ihnen klarmachen, dass dies nicht in die Veranstaltung gehört.	☐
	Wenn die Deeskalation nicht ausreicht, sollte die störende Person aufgefordert werden, die Veranstaltung zu verlassen.	☐
	Ggfs. Security einschalten, ggfs. Polizei hinzuziehen.	☐
	Ggfs. Personen des Raumes verweisen.	☐
	Es ist wichtig, die Sicherheit der anderen Teilnehmer zu gewährleisten.	☐

Hinweis: Die Sicherheit der Teilnehmer:innen hat oberste Priorität.

3. Nachbereitung und Dokumentation

Dokumentieren Sie alle Vorfälle detailliert und melden Sie diese an die zuständigen Stellen.

Dokumentation:

Datum und Uhrzeit:

Beteiligte Personen:

Beschreibung des Vorfalls:

Zeug:innen:

Vorfallsmeldung		Trifft zu
Vorfall an RIAS Hessen gemeldet?		☐
Vorfall an Antisemitismusbeauftragte:n / Ansprechperson Antisemitismus gemeldet?		☐
Nachbesprechung mit Veranstalter:innen geplant?		☐